

Arbeitskreis Ökologie
im Sozialreferat des
Pastoralamtes
Kapuzinerstraße 84
A-4020 Linz

Linz, am 30. März 1988

An das

Bayerische Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen

Rosenkavalierplatz 2
D-8000 München 81

E I N W E N D U N G

gegen den Antrag der DWK zur atomrechtlichen Genehmigung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (Vgl. Bekanntmachung vom 9. Februar 1988, Nr. 9241 - 72 - 6853).

Wir erheben Einspruch gemäß deutschem Atomgesetz gegen die Errichtung und den Betrieb der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und begründen dies wie folgt:

Der im Pastoralamt der Diözese Linz eingerichtete Arbeitskreis nimmt u.a. die Aufgabe wahr, zu aktuellen Umweltfragen Stellung zu beziehen. Wir dürfen uns als Vertreter von Christen betrachten, die sich für Umwelt und Nachwelt besonders verantwortlich fühlen. In diesem Zusammenhang haben wir auch gegen die Nutzung der sogenannten friedlichen Atomenergie schwere Bedenken.

Die WAA-Wackersdorf bedroht, sollte sie in Betrieb gehen, Leben und Gesundheit und beeinträchtigt unsere materielle Existenz sowie Vermögenswerte.

1. Wir sehen nicht ein, daß einer WAA von vornherein ein Vielfaches an radioaktiven Ausstoß gegenüber einem Atomkraftwerk genehmigt werden sollte (besonders Krypton 85 und Tritium). Radioaktive Emissionen sind langlebig und selbst in geringer Konzentration biologisch schädigend wirksam. Es gibt keine unschädliche Dosis. Ungeborene und Kinder sind besonders gefährdet (die Wochen nach Tschernobyl haben uns das Problem drastisch verdeutlicht).
2. Oberösterreich ist bei den häufigen Nordwestwetterlagen durch WAW besonders gefährdet. Dies gilt auch für den sogenannten Normalbetrieb. Da sich die Österreicher in einer Volksabstimmung vor 10 Jahren gegen den Betrieb von Zwentendorf ausgesprochen haben, können wir in besonderer Weise das Recht für uns in Anspruch nehmen, gefährliche atomare Anlagen jenseits unserer Grenzen verhindern zu wollen.

3. Die schleichende Verseuchung würde Oberösterreich nicht nur über die Emissionen treffen. Es ist durchaus möglich, daß radioaktive Flüssigkeiten aus der WAW austreten und über Naab und Donau in unser Bundesland gelangen. Die Trinkwasserversorgung im O.ö. Zentralraum erfolgt zu einem erheblichen Prozentsatz aus dem Grundwasser der Donau.
4. Wer kann die Möglichkeit von Störfällen und Katastrophen und Unfällen (durch menschliches und technisches Versagen) die, die durch Sicherungseinrichtungen nicht mehr zu kalkulieren und zu verhindern sind, ausschließen? Niemand kann eine 100 %ige Garantie abgeben. Ein Radioaktivitätsausbruch in der Größenordnung von Tschernobyl hätte nicht nur für Bayern sondern auch für uns katastrophale Folgen. Das radioaktive Potential der WAW wäre aber um ein vielfaches größer als das von Tschernobyl. Wie könnte man sich eine Zwangsevakuierung der betroffenen Länder vorstellen?
5. Die Landwirtschaft ist durch den Betrieb der WAW stark betroffen. Landwirtschaftliche Produkte werden radioaktiv verseucht. Radioaktive Stoffe speichern sich in Boden und in der Nahrungskette an, eine Tatsache, die stets unterbewertet wird. Mißbildungen und Sterilität bei Tieren sind nicht ausgeschlossen. Durch den Tschernobylunfall hat die Landwirtschaft in Oberösterreich sehr gelitten. Hohe finanzielle Verluste mußten gerade von einer Berufsgruppe hingenommen werden, der es wirtschaftlich nicht am besten geht.
6. Von und zu der WAW würden höchstgiftige Stoffe transportiert. In Erinnerung an die jüngsten Vorkommnisse um Nukem und Trans-Nuklear, bei denen auch das österreichische Forschungszentrum Seibersdorf beteiligt war, stellen wir fest, daß von den Nukleartransporten und den dabei möglichen Unfällen auch Oberösterreich betroffen ist. Es gibt noch immer kein atomares Endlager. Die sogenannte Entsorgung ist ungelöst. Hochradioaktiver Müll ist nicht endlagerfähig verpackt.
7. Kriegerische und friedliche Nutzung der Atomkraft sind untrennbar miteinander verbunden. Daher sind ethische Bedenken berechtigt. In der WAW würde Plutonium abgespalten, das auch zur Bombenherstellung verwendet werden könnte. Wenn auch nicht unterstellt wird, daß die Bombenproduktion beabsichtigt wird, so wäre es für uns beruhigend zu wissen, daß von vornherein die technische Möglichkeit zur Bombenproduktion gar nicht besteht. Niemand kann für die Stabilität politischer Systeme oder für die immerwährende Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages garantieren. Zusätzlich ist die WAA ein Ziel für kriegerische oder terroristische Angriffe.

Wir hoffen, daß sich auch in Bayern die politische Vernunft durchsetzen wird und nicht nur die WAA aus ethisch-moralischen, ökologischen und ökonomischen Gründen aufgegeben wird, sondern daß auch möglichst bald aus der Atomenergie überhaupt ausgestiegen wird.

Vorlage zur Besprechung am 5.8.1988 betreffend

Gründung eines Unterstützungsfonds für WAA-Gegner in der Oberpfalz

Atomkraftgegner in Oberösterreich haben den Gedanken aufgegriffen, einen Unterstützungsfond ins Leben zu rufen, um sich damit an den hohen Kosten zu beteiligen, die den bayrischen Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit dem Erörterungstermin zur Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf - Neunburg entstehen.

Wie man sich an Ort und Stelle überzeugen konnte, leisten die Bürgerinitiativen in Neunburg sehr gute Arbeit. Sie koordinieren die Einwendungen nach Sachgebieten und sind bestrebt, alle Schwachpunkte der sachlichen Argumentation, wie sie von den Betreibern der WAA geführt wird, herauszuarbeiten, um damit die optimalen Voraussetzungen für die dann folgende Prozessierung zu schaffen. Diese hervorragende Arbeit der bayrischen Bürgerinitiativen kommt auch der oberösterreichischen Bevölkerung mit seinen rund 100.000 schriftlichen Einwendern zugute.

Die Chance, die WAA zu Fall zu bringen, wächst vorallem mit dem zunehmenden Druck auf politischer Ebene. Dieser politische Druck kann durch juristische Aktionen ganz stark gefördert werden.

Je geschickter und konsequenter die WAA-Gegner an Erörterungstermin arbeiten, umso besser kann anschließend prozessiert und Klage geführt werden. Jedes Problem, das die Betreiber bei der Erörterung sachlich mangelhaft ausdiskutieren, gibt die Möglichkeit juristisch einzuhaken, also zu prozessieren und in weiterer Folge die Sachprobleme in der Öffentlichkeit aufzurollen. Der Erörterungstermin selbst, solange er andauert, bedeutet eine laufende Veröffentlichung von Sachproblemen und somit Aufbau politischen Druckes. Daher ist es ganz wichtig, alles zu unternehmen, daß die Erörterung solange und intensiv wie möglich geführt wird. Die Oberpfälzer BIs organisieren das zur Zeit - wie man beobachten kann - sehr gut. Die Überwindung finanzieller Engpässe wird in Kürze sehr wichtig sein.

Daher die Schaffung eines Unterstützungsfond.

Es wird sehr wichtig sein, daß Land Oberösterreich und Stadt Linz und andere ähnliche Institutionen bei der Erörterung juristisch dabei sind, d.h. ganz konkret, einen Rechtsanwalt mit der ständigen Vertretung bei der Erörterung beauftragen (analog Land Vorarlberg, Land Salzburg, Stadt Salzburg, Umweltministerium,...), sich Sachbeiständen bedienen und schließlich alle Möglichkeiten der Prozeßführung gegen die 2. Teilerrichtungsgenehmigung auszuschöpfen.

Es gibt ein breites Interesse in der oberösterreichischen Öffentlichkeit, die WAA zu Fall zu bringen. Die 100.000 Einwendungen der Oberösterreicher erhalten erst durch die geschickte Arbeit der WAA-Gegner vor Ort - in Neunburg - Gewicht, Bedeutung und politische Dynamik.

Chancen, die WAA zu Fall zu bringen, sind durchaus gegeben. Die Betreiber finden sich zunehmend in verteidigender Situation, die Stimmen der Gegner werden immer mehr gehört. Das Aus für Wackersdorf ist möglicherweise eine Frage der Zeit geworden. Die Oberösterreicher haben ein Interesse daran, daß dieses Aus noch vor der Inbetriebnahme kommt.